

Vorweg die Ukraine Berichte

Teile 19,18,17,16,15,14,13,12,11, 10, 9, 8, 7, 6, 5, 4, 3, 2 und 1.

nach dem Prinzip der Matrjoschka – Puppe in Puppe - (unter diesem Link):

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ukraine-Berichtre-Teil-19.pdf>

(**Tipp:** Falls nötig, bei TAZ-Berichten auf den Butten „gerade nicht“ klicken.)

Zur Info weitergeleitet

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

www.antjeundieter.de

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Politisches-Gedicht>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

Hier nun weitere Berichte zur Ukraine als Teil 20:

.) Warum die Inflation ein gefährliches politisches Machtspiel :

<https://www.heise.de/tp/features/Warum-die-Inflation-ein-gefaehrliches-politisches-Machtspiel-offenbart-7161748.html> -

Die Preise steigen schneller als die Löhne. Dahinter steckt letztlich ein politischer Machtkampf.

Wall Street, Regierungen und Zentralbanken haben sich verzockt. Jetzt droht Insolvenz oder unkontrollierte Inflation. Die Macht des billigen Geldes muss eingedämmt werden.

Die Schuldzuweisungen angesichts steigender Preise halten an. War es zu viel Zentralbankgeld, das zu lange in den Umlauf gebracht wurde, das die Inflation in Gang brachte? War es China, wohin der Großteil der Produktion verlagert worden war, bevor die Pandemie das Land lahmlegte und die globalen Lieferketten unterbrach? War es Russland, dessen Einmarsch in die Ukraine einen großen Teil der weltweiten Versorgung mit Gas, Öl, Getreide und Düngemitteln gekappt hat? War es eine schleichende Abkehr von der Sparsamkeit vor der Pandemie hin zu uneingeschränkter finanzieller Großzügigkeit?

Es gibt eine Antwort, die in der Diskussion nie

berücksichtigt wird: Alles und nichts von alledem ist schuld an der Misere.

Für einschneidende Wirtschaftskrisen gibt es häufig mehrere Erklärungen, die alle richtig sind, aber am Thema vorbeigehen. Als die Wall Street 2008 zusammenbrach und die weltweite große Rezession auslöste, wurden verschiedene Erklärungen

angeboten: die Aushöhlung der Regulierungsbehörden durch Finanzinvestoren, die in der kapitalistischen Randordnung an die Stelle der Industriellen getreten waren; eine kulturelle Neigung zu riskanten Finanzgeschäften; das Versagen von Politikern und Wirtschaftswissenschaftlern, zwischen einem neuen Paradigma und einer massiven Blase zu unterscheiden; und auch andere Theorien. Alle waren berechtigt, aber keine traf den Kern der Sache.

Das Gleiche gilt auch heute. Die "Wir-wussten-es-ja-schon-immer"-Monetaristen (Wirtschaftstheoretiker, die in der Regulierung der Geldmenge und Angebotspolitik zentrale Stellgrößen der Wirtschaft sehen, Telepolis), die eine hohe Inflation vorhersagten, seit die Zentralbanken 2008 ihre Bilanzen massiv erweitert hatten, erinnern mich an Linke (wie ich), die 2008 eine Freude empfanden, weil sie schon länger den nahenden Tod des Kapitalismus vorhergesagt hatten – wie eine stehen gebliebene Uhr, die zweimal am Tag richtig geht.

Sicherlich haben die Zentralbanken durch die Schaffung riesiger Überziehungskredite für die Banker in der falschen Hoffnung, dass das Geld in die Realwirtschaft tropfen würde, eine historische Inflation bei den Verbraucherpreisen verursacht (boomende Aktien- und Immobilienmärkte, der Krypto-Währungswahn und so weiter).

Aber die monetaristische Geschichte kann nicht erklären, warum es den großen Zentralbanken von 2009 bis 2020 nicht einmal gelang, die in der Realwirtschaft zirkulierende Geldmenge zu erhöhen, geschweige denn die Verbraucherpreisinflation [auf ihr Zwei-Prozent-Ziel zu drücken](#). Etwas anderes muss die Inflation ausgelöst haben.

Die Unterbrechung [der auf China ausgerichteten Lieferketten](#) spielte eindeutig eine wichtige Rolle, ebenso wie der [Einmarsch Russlands in der Ukraine](#). Aber keiner der beiden Faktoren erklärt den abrupten "Regimewechsel" des westlichen Kapitalismus von der vorherrschenden Deflation zu ihrem Gegenteil: alle Preise steigen gleichzeitig.

Das würde es nötig werden lassen, dass die Lohninflation die Preisinflation überholt und so eine sich selbst verstärkende Spirale in Gang gesetzt wird, bei der die Lohnsteigerungen zu weiteren Preissteigerungen führen, die wiederum die Löhne wieder ansteigen lassen, ad infinitum. Nur dann wäre es vernünftig, wenn die Zentralbanker [von den Arbeitnehmern verlangen würden](#), dass sie sich "für das Team einsetzen" und von höheren Lohnabschlüssen absehen.

Aber heute ist es absurd, von den Arbeitnehmern zu verlangen, auf Lohnsteigerungen zu verzichten. Alles deutet darauf hin, dass die Löhne im Gegensatz zu den 1970er Jahren [viel langsamer steigen als die Preise](#), und dennoch hält der Preisanstieg nicht nur an, sondern beschleunigt sich.

Was ist also wirklich los? Meine Antwort: Ein über ein halbes Jahrhundert sich hinziehendes Machtspiel, angeführt von Unternehmen, Wall Street, Regierungen und Zentralbanken, ist gründlich schiefgegangen. Infolgedessen stehen die

Verantwortlichen in westlichen Staaten nun vor einer unmöglichen Wahl: Entweder sie treiben Großkonzerne und sogar Staaten in den Bankrott oder sie lassen die Inflation unkontrolliert weiterlaufen.

50 Jahre lang hat die US-Wirtschaft die Nettoexporte Europas, Japans, Südkoreas, dann Chinas und anderer Schwellenländer gestützt, während der Löwenanteil der ausländischen Gewinne auf der Suche nach höheren Renditen an die Wall Street floss. Auf dem Rücken dieses Kapital-Tsunamis, der nach Amerika strömte, bauten die Finanzinstitute aus privatem Geld Vermögens-Pyramiden (z. B. aus Optionen und Derivaten), um die Unternehmen zu finanzieren, die ein globales Labyrinth aus Häfen, Schiffen, Lagerhäusern, Lagerplätzen sowie Straßen- und Schienentransporten aufbauten. Als der Crash von 2008 diese Pyramiden zum Einsturz brachte, war das gesamte finanzialisierte Labyrinth [der globalen Just-In-Time-Lieferketten](#) gefährdet.

Um nicht nur die Banker, sondern auch das Labyrinth selbst zu retten, [sprangen die Zentralbanker ein](#) und ersetzten die Pyramiden der Finanzinstitute durch öffentliches Geld. Währenddessen kürzten die Regierungen die öffentlichen Ausgaben, Arbeitsplätze und Dienstleistungen. Das bedeutet nichts anderes als ein verschwenderischer Sozialismus für das Kapital sowie harte Sparmaßnahmen für die Arbeitnehmer.

Die Löhne schrumpften, [Preise und Gewinne stagnierten](#), aber die [Preise für die von den Reichen erworbenen Vermögenswerte](#) (und damit ihr Vermögen) schnellten in die Höhe. So [sanken die Investitionen](#) (im Verhältnis zum verfügbaren Bargeld) auf einen historischen Tiefstand, die Kapazitäten schrumpften, die Marktmacht wuchs, und die Kapitalisten wurden sowohl reicher als auch abhängiger vom Geld der Zentralbanken als je zuvor.

Es war ein neues Machtspiel. Der traditionelle Kampf zwischen Kapital und Arbeit um die Erhöhung ihres jeweiligen Anteils am Gesamteinkommen durch Gewinnaufschläge und Lohnerhöhungen ging weiter, war aber nicht mehr die Quelle eines Großteils des neuen Reichtums.

Nach 2008 führte die allgemeine Sparsamkeit zu niedrigen Investitionen (Geldnachfrage), die in Verbindung mit der reichlichen Liquidität der Zentralbanken (Geldmenge) den Preis des Geldes (Zinssätze) nahe null hielten. Da die Produktionskapazitäten (auch im Wohnungsbau) zurückgingen, gute Arbeitsplätze rar waren und die Löhne stagnierten, [triumphierte der Wohlstand auf den Aktien- und Immobilienmärkten](#), die sich von der Realwirtschaft abgekoppelt hatten. Dann kam die Pandemie, die eine große Veränderung mit sich brachte: Die westlichen Regierungen waren gezwungen, einen Teil der neuen Geldströme der Zentralbanken zu den Bevölkerungen in Lock-Downs zu leiten, und das in Volkswirtschaften, die im Laufe der Jahrzehnte ihre Produktionskapazitäten erschöpft hatten und nun obendrein mit [kaputten Lieferketten konfrontiert waren](#).

Als die von der Pandemie eingeschränkten Massen einen Teil ihres Urlaubsgeldes für knappe Importe ausgaben, begannen die Preise zu steigen. Unternehmen mit großem Reichtum "auf dem Papier" reagierten, indem sie ihre immense Marktmacht (die sich aus ihrer geschrumpften Produktionskapazität ergab) ausnutzten, um die Preise in die Höhe zu treiben.

Nach zwei Jahrzehnten einer von den Zentralbanken unterstützten Bonanza steigender Vermögenspreise und zunehmender Unternehmensverschuldung, das die Welt nach 2008 im Sinne der herrschenden Klasse neu ausrichtete, war eine kleine Preisinflation alles, was es brauchte, um das Machtspiel zu beenden. Und was passiert jetzt?

Wahrscheinlich nichts Gutes. Um die Wirtschaft zu stabilisieren, müssen die Entscheidungsträger zunächst die enorme Macht beenden, die einigen Wenigen verliehen wurde, durchgesetzt in einem politischen Prozess mit "Papiervermögen" und Billigkrediten. Aber die Wenigen werden ihre Macht nicht kampflos aufgeben, selbst wenn es bedeutet, mit der Gesellschaft im Schlepptau unterzugehen.

.) EU-Klimalabel - Unfug, grün angemalt :

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/abstimmung-ueber-die-eu-taxonomie-unfug-gruen-angemalt-a-0e580c44-4af0-4db1-8162-6d0ab5b3152d> - Für oder gegen Gas und Atom? Das EU-Parlament will entscheiden, welche Technik ein Nachhaltigkeitslabel verdient. Das ist Planwirtschaft pur.

.) Die Regenwälder des Kongo nicht der Ölindustrie opfern :

<https://regenwald.org/petitionen/1261?t=362-164-1031-1> - Die Regierung in Kinshasa macht Ernst: Präsident Tshisekedi will große Gebiete des Kongo-Regenwalds für Erdöl opfern. Das wäre eine Katastrophe für die Bevölkerung, die Artenvielfalt und das Weltklima. Gemeinsam mit unseren Partner:innen in Afrika können wir die Pläne verhindern.

.) Migration - Wider die Entmenschlichung : <https://www.medico.de/wider-die-entmenschlichung-18692>

- Frische Gräber nahe der Grenze zu Melilla. Befürchtet wird, dass die Toten des 24. Juni schnell begraben werden sollen, um eine unabhängige Untersuchung zu behindern. An der Grenze zu Melilla starben mindestens 37 Menschen beim Versuch nach Europa zu gelangen. Der Umgang mit den Lebenden wie den Toten offenbart das Versagen Europas. Von Rat für Migration und medico international.

Auch Tage nach den tödlichen Vorkommnissen an der Grenze zur spanischen Exklave Melilla kursieren in sozialen Netzwerken die verstörenden Bilder von den Europäischen Außengrenzen. Stand heute wurden von marokkanischen Menschenrechtsgruppen 37 Tote gezählt, wobei die Todesursachen immer noch weitgehend ungeklärt sind.

Es schockiert nicht nur die tödliche Gewalt selbst gegenüber Menschen auf der Flucht. Es ist das Bild aufgehäufter menschlicher Leiber, von Halbtoten und Toten, das ein neues Niveau der Feindschaft und Entmenschlichung demonstriert. Bilder zeigen, wie bewaffnete Grenzpolizisten an jenem Freitag, den 24. Juni, Steine auf Migrierende schmeißen, selbst noch auf Verletzte und auf dem Boden liegende Menschen einprügeln, sie verhöhnen. Stundenlang wurden Verletzte ohne Hilfe liegen gelassen, was die Zahl der Todesopfer noch erhöhte, berichtet die Organisation Walking Borders.

Was sich an der Grenze zur Exklave Melilla, diesem Überbleibsel des spanischen Kolonialismus auf dem afrikanischen Kontinent, abspielt, ist neuer trauriger Höhepunkt einer migrationspolitischen Entwicklung, die wir seit Jahren beobachten und immer wieder kritisiert haben. Die Polarisierung zwischen den G7-Staaten und dem Rest der Welt spitzt sich kontinuierlich zu: durch wirtschaftliche, soziale und ökologische Krisen, die Vernichtung von Lebensgrundlagen und Hunger. Doch die Antwort Europas gegenüber Fliehenden aus dem Globalen Süden beschränkt sich immer stärker auf den Ausbau von „robusten Grenzanlagen“ und direkte Gewaltanwendung. Das Nachdenken über legale Migrations- und Fluchtrouten scheint gänzlich einer Politik der militarisierten Abwehr gewichen.

Die Verteidigung der Grenzen mit Waffen-Gewalt – sei es in der Ägäis, auf dem Balkan, in Polen oder nun Spanien – galt 2015, als die AfD eben das forderte, noch als Tabubruch. Nun ist sie zum Alltag geworden. Spaniens sozialistischer Ministerpräsident Pedro Sánchez sprach nach Melilla von „einem gewaltsamen Überfall, der von der Menschenhändler-Mafia organisiert wurde“. Nach seiner Interpretation sind es am Boden liegende, sterbende Menschen, die die eigentliche Gefahr darstellen. Diese systematische Täter-Opfer-Verkehrung kennen wir schon länger aus der europäischen Migrationsabwehr.

Schutzsuchende als Angreifer

Seit einigen Jahren beobachten wir jedoch eine weitere folgenreiche Diskursverschiebung: die Bezeichnung von Migration als „Waffe“ oder „Angriffskrieg“. Mit dieser sprachlichen Wendung erscheint Migration nicht länger als humanitäre Frage, auf die im Rahmen der Menschenrechte und der Genfer Flüchtlingskonvention reagiert wird. Stattdessen werden Schutzsuchende zu Angreifern erklärt, zu Kriegsteilnehmenden, gegen die wir uns verteidigen müssen und denen keinesfalls unser Mitleid gelten kann. So wird das Recht auf Flucht und Suche nach einem besseren Leben endgültig delegitimiert.

Bereits im März 2020, als eine größere Zahl Fliehender von der Türkei aus Europas Grenzen zu überqueren versuchte, hieß es, Flüchtlinge würden vom türkischen Präsidenten Erdogan als „Waffen“ missbraucht. Entsprechend setzten die griechischen Grenztruppen Tränengas, Schlagstöcke und scharfe Munition gegen sie ein – mindestens zwei Menschen starben. Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen lobte Griechenland als „Schutzschild Europas“.

Zum Jahreswechsel 2021/22 wiederholten sich ähnliche Szenen an der polnisch-belarussischen Grenze: Hier war es der belarussische Diktator Lukaschenko, der Migrant:innen im Rahmen „hybrider Kriegsführung“ als „Waffe“ einsetze. Polen erklärte das Grenzgebiet zur Sperrzone, verhinderte den Zugang humanitärer Organisationen und setzte wie zuvor Griechenland das Recht auf Asyl aus.

Flüchtende wurden im unzugänglichen Wald der Grenzregion sich selbst überlassen, viele erfroren. Versuche, die Grenze zu überqueren wurden mit Stacheldraht, Tränengas und Schlagstöcken verhindert, neue Befestigungen gebaut.

Auch Sánchez sprach von einem „Angriff auf die territoriale Integrität Spaniens“ durch die Migrant:innen und auch diesmal kam Unterstützung aus Brüssel: „Wir unterstützen Spanien und alle Länder, die an vorderster Front die Grenzen der EU schützen“, sagte EU-Ratspräsident Charles Michel.

Versagen des EU-Rechts

Doch nicht nur der Staat scheint der Gewalt keinen Einhalt mehr gebieten zu wollen.

Auch auf juristischer Ebene wird es zunehmend schwieriger,

Menschenrechtsverletzungen anzufechten. So haben beispielsweise Bulgarien und Polen ihre gewaltsamen Pushback-Praktiken de facto legalisiert. Ein EU-

Vertragsverletzungsverfahren, das diese Grundrechtsverletzungen stoppt, lässt auf sich warten. Auch Griechenland und Kroatien setzen Pushbacks unbehelligt weiter ein, obwohl erdrückende Beweise für folterähnliche Gewaltanwendung durch den Grenzschutz vorliegen. Auch die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX unterstützt diese Praktiken. Das Menschenrechtssystem der EU erweist sich als im höchsten Maße ineffektiv gegenüber den Mitgliedsländer wie den eigenen Institutionen.

Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) scheint seine Rechtsprechung zunehmend dem migrationsfeindlichen Umfeld anzupassen. Noch 2017 verurteilte eine EGMR-Kammer gewaltsame Pushbacks an der marokkanisch-spanischen Grenze und sprach Spanien der Kollektivausweisung für schuldig. Diese Entscheidung wurde jedoch im Februar 2020 von der Großen Kammer des EGMR revidiert, die keine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention mehr feststellen wollte. Es ist insbesondere diese juristische Kehrtwende, die es Spaniens Ministerpräsident nun erlaubt, Grenzpatrouillen, die mitverantwortlich für den Tod dutzender Menschen sind, noch zu loben.

Wider eine rassistische Ordnung

Gewalt und Entmenschlichung in Melilla verweisen in aller Deutlichkeit auf die

rassistische Ordnung, die sich an den Grenzen Europas manifestiert. Sie teilt Menschen in solche, die zu leben verdienen, und andere, deren Tod hingenommen oder sogar gerechtfertigt wird. Europa wendet sich – zu Recht! – dem Schicksal der Menschen in der Ukraine zu, betrauert ihren Tod und empfängt Flüchtende mit offenen Armen. Gleichzeitig wendet es sich von Menschen ab, die als fremd wahrgenommen werden. In rassistischen Bildern und grenzpolizeilichen Maßnahmen werden sie entmenschlicht und ihr Tod wird, wenn nicht aktiv herbeigeführt, so doch in Kauf genommen. Das ist im Europa der Gegenwart kein Skandal mehr.

Umso mehr braucht es soziale Bewegungen, Zivilgesellschaft und kritische Wissenschaft, die hinschauen und die Geltung von körperlicher Unversehrtheit und Schutz vor staatlicher Gewaltwillkür verteidigen. Deshalb schließen wir uns der Forderung marokkanischer Menschenrechtsorganisationen an, die Vorfälle an der Grenze zu Melilla durch eine unabhängige internationale Kommission, bestehend aus Menschenrechtsorganisationen, Menschen- und Völkerrechtler:innen, Familienangehörigen der Opfer und kritische Wissenschaftler:innen, zu untersuchen. Wir fordern die Europäische Kommission auf, den alltäglichen und systematischen Bruch internationalen und europäischen Rechts an Europas Grenzen zu beenden. Sie muss Vertragsverletzungsverfahren gegen die jeweiligen Mitgliedstaaten initiieren und die Grenzschutzagentur Frontex aus diesen Ländern abziehen.

.) Wiederaufbau beschlossen :

<https://www.jungewelt.de/artikel/429851.ukraine-krieg-wiederaufbau-beschlossen.htm>

und

<https://www.jungewelt.de/artikel/429889.ins-schwarze-loch.html>

Ukraine-Konferenz in Lugano einigt sich auf sieben Grundprinzipien.

Zum Abschluss einer zweitägigen Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine haben rund 40 Staaten dem Land die Unterstützung zugesichert. Die unterzeichnete »Erklärung von Lugano« sei »ein wichtiger erster Schritt auf dem langen Weg zur Erholung der Ukraine«, sagte am Dienstag der gastgebende Schweizer Präsident Ignazio Cassis laut *AFP*. Die Regierung aus Kiew und Vertreter von Geberländern, internationalen Organisationen und Finanzinstituten einigten sich auf sieben Grundprinzipien.

Unter anderem geht es um die Verpflichtung »auf einen demokratischen Prozess«, die Einbindung »privater Unternehmen« und Aufbauprojekte »frei von Vetternwirtschaft und Bereicherung«. Der Wiederaufbauprozess müsse transparent sein, »die Rechtsstaatlichkeit muss systematisch gestärkt werden«, heißt es darin. »Die Korruptionsbekämpfung ist ein ganz wichtiges Thema«, sagte die Vertreterin der BRD, Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD), gegenüber *dpa*. Die

ukrainische Regierung wolle demnach alles dafür tun. Vor dem russischen Einmarsch stand die Ukraine im Korruptionsindex von Transparency International auf Platz 122 von 180. Nichtsdestotrotz: »Da sind auch riesige Chancen für die deutsche Wirtschaft, weil die Ukraine ein großes Land ist«, so Schulze. Eine solch große Bevölkerung sei für eine Exportnation wie Deutschland »interessant«.

[Aufklärung statt Propaganda. Die Printausgabe der Tageszeitung junge Welt jetzt drei Wochen gratis lesen. Das Probeabo endet automatisch, muss nicht abbestellt werden.](#)

Der ukrainische Regierungschef Denis Schmygal hatte am Montag die geschätzten Kosten für den Wiederaufbau auf mindestens 750 Milliarden US-Dollar (knapp 720 Milliarden Euro) beziffert. Er forderte, dass dafür auch die 300 bis 500 Milliarden US-Dollar an russischen Vermögenswerten herangezogen werden sollten, die vom Westen eingefroren worden sind.

Die Konferenz von Lugano ist die erste von mehreren bereits geplanten Treffen: Noch in diesem Jahr soll eine von der EU organisierte Wiederaufbaukonferenz stattfinden, 2023 will London dann Gastgeber für eine weitere sein. Schulze kündigte an, die BRD wolle 2024 eine solche ausrichten.

[Kommentar](#)

<https://www.jungewelt.de/artikel/429889.ins-schwarze-loch.html>

Ins schwarze Loch

Gängige Bedenken werden in Lugano bewusst ignoriert: Ukraines Premier Denis Schmygal in internationaler Runde (5.7.2022)

In Brechts »Flüchtlingsgesprächen« hat der Autor seinem Protagonisten Kalle die Aussage in den Mund gelegt, »nirgends wird so geast mitm Material« wie im Krieg. Hegel hat den Krieg als jenen Zustand bezeichnet, in dem mit der Eitelkeit der irdischen Güter, die sonst nur als moralische Phrase im Umlauf sei, praktisch Ernst gemacht werde. Beides lässt sich an der Wiederaufbaukonferenz zur Ukraine besichtigen, die passenderweise in Lugano stattfindet, das durch Schwarzgeld aus Italien reich geworden ist.

Es geht um riesige Summen. 720 Milliarden Euro fordert die Ukraine vorläufig – Aufstockung immer vorbehalten –, für die keine Schuldenbremse gilt, und das ist auch konsequent: Schließlich ist dieser Krieg auch die Konsequenz der Unnachgiebigkeit, mit der der kollektive Westen seine Ostausdehnung in politischer und militärischer Hinsicht durchgezogen hat und durchzieht. Insofern ist alles Geld, das jetzt in die Ukraine gepumpt werden soll, nachgeschossen in ein Projekt, das sich nach allen Anfangsschwierigkeiten doch noch politisch auszahlen soll. Wie es Wolodimir Selenskij als Märchenerzähler vom Dienst versprach, soll die Ukraine zum »sichersten, modernsten und freiesten Land der Welt« werden.

Das hören die westlichen Geldgeber gern, auch wenn sie realistisch bleiben. Alle gängigen Bedenken werden nicht etwa ausgeräumt, sondern bewusst ignoriert. Der Chef des UN-Entwicklungsprogramms, Achim Steiner, erklärte: Ja, ja, die Korruption in der Ukraine sei sicher ein Problem, aber im Moment nicht das größte. Dass sie

mehr ist als »ein« Problem, räumte Selenskij selbst ein, als er versprach, künftige westliche Hilfszahlungen möglichst ohne Beteiligung des subjektiven Faktors in Gestalt einzelner Beamter zu verteilen. Ihm ist klar: Die Katze lässt das Mäusen nicht. Und je größer der Topf, um so größer die Begierlichkeiten. Übrigens auf beiden Seiten des Tisches. Und bei ihm selbst. Hat man von Selenskij irgendwann die Zusage gehört, dass er sein durch die Pandora Papers enthülltes Schwarzgeld in den Wiederaufbau steckt? So wenig wie sich Petro Poroschenko von seinen Pralinenfabriken in Russland getrennt hat.

Einen Stolperstein gibt es aber doch. Mit dem von Selenskij geforderten und in einigen westlichen Hauptstädten angedachten Zugriff auf eingefrorenes russisches Vermögen wird es nicht so einfach. Denn wenn dieses Geld nicht nur wie jetzt der aktuellen Verfügung seiner Eigentümer entzogen wird, sondern gleich konfisziert, dann geht das ans »Palladium des sittlichen Staats, das Eigentum« (Heine). Wenn aber die Eigentumsgarantie einmal gebrochen wird, werden sich Investoren jeder Art das gut merken. Insofern trägt die Großmäuligkeit, mit der dieser Zugriff angekündigt wird, gleichzeitig Züge des Kleinlauten: So teuer hatte sich der Westen das mit der Ukraine wohl doch nicht vorgestellt.

.) EU-Parlament: Gas und Atom erhalten Ökolabel :

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/eu-taxonomie-107.html> - Das Europäische Parlament hat den Weg freigemacht, Investitionen in Erdgas und Atomkraft unter bestimmten Bedingungen als nachhaltig einzustufen. Es wies den Einspruch gegen die Verordnung der EU-Kommission zur sogenannten Taxonomie zurück.

Mindestens 353 der 705 Abgeordneten hätten dagegen stimmen müssen, um das grüne Siegel für Atomkraft und Gas zu stoppen. Es stimmten 328 dagegen, 278 Abgeordnete dafür und 33 enthielten sich der Abstimmung.

.) Zum Ukrainekrieg und seiner zukünftigen Entwicklung :

<https://www.heise.de/tp/features/Ukraine-Konflikt-USA-und-ihre-Verbuendeten-hauptsaechlich-fuer-dieses-Unglueck-verantwortlich-7158465.html?seite=5> -

.) Gefährlicher Etappen-Sieg der Atomlobby: Atom-Taxonomie von

Europaparlament knapp angenommen : (sueddeutsche.de/politik/eu-taxonomie-atomkraft-gas-parlament-1.5615752)

.) Frankreich will Energiekonzern komplett verstaatlichen :

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/edf-frankreich-will-energiekonzern-komplett-verstaatlichen-a-c1096220-0c4d-4958-b1db-33c32b903afa> - Bei der Energiewende setzt

Frankreich auf Atomkraftwerke, die vom Energiekonzern EDF betrieben werden. Doch der kämpft mit Kostensteigerungen – und soll nun komplett vom Staat übernommen werden.

Frankreich will den hoch verschuldeten Energiekonzern EDF wieder komplett verstaatlichen. »Ich bekräftige den Willen des Staates, 100 Prozent des Kapitals von EDF zu halten«, sagte Premierministerin Elisabeth Borne in ihrer Regierungserklärung. Dies ermögliche es EDF, »die ehrgeizigen und unerlässlichen Projekte für die Zukunft unserer Energieversorgung so schnell wie möglich umzusetzen«.

Borne bekräftigte, dass Frankreich in den Bau neuer Atomkraftwerke investieren wolle. »Die Energiewende wird dank der Atomkraft gelingen«, sagte die Regierungschefin; Atomkraft sei CO₂-neutral, »souverän und wettbewerbsfähig«.

.) Frankreich: AKW und Trockenheit - Wieder Vorhersage bei 40 Grad :

Ich habe Jean-Yvon Landrac per E-Mail angeschrieben. Jean-Yvon kommt ursprünglich aus der Bretagne hat aber Ende der 1990 in Karlsruhe gearbeitet und tauchte bei unseren damaligen regelmäßigen Anti-AKW-Treffen im Südwesten in Heidelberg auf. Mit ihm habe ich auch an Vorarbeiten zur Anti-AKW-Landkarte in Frankreich mitgearbeitet. Die deutsche Anti-AKW Landkarte vom Atommüllreport sieht ähnlich aus. Die Farbgestaltung und Symbole plus eigene Sachen sind mit Absicht so abgesprochen.

Anti-AKW-Landkarten von Frankreich: ► <https://www.sortirdunucleaire.org/spip.php?page=carte>

Anti-AKW-Landkarten von Deutschland ► <https://www.atommuellreport.de/daten.html>

.) Grüne Dröge: Wir brauchen Atomkraftwerke schlichtweg nicht :

<https://www.berliner-zeitung.de/news/gas-energie-strom-gruene-droege-wir-brauchen-atomkraftwerke-schlichtweg-nicht-li.244310> -

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Katharina Dröge, hält eine längere Laufzeit der Atomkraftwerke wegen drohender Gasengpässe nicht für notwendig.

„Wir brauchen Atomkraftwerke schlichtweg nicht“, sagte sie am Donnerstag im ARD-„Morgenmagazin“. Atomkraftwerke könnten nur maximal ein Prozent des Erdgasverbrauchs ersetzen. Forderungen der Union nach einer AKW-Laufzeitverlängerung seien deshalb eine „Ablenkungsdebatte“.

Atomkraftwerke könnten nur Gaskraftwerke, die in der Stromproduktion aktiv sind, ersetzen, sagte Dröge. Das könnten jedoch Kohlekraftwerke auch. „Wir haben ein Problem bei Wärme, die Atomkraftwerke stellen aber nun mal Strom her“, sagte die

Grünen-Politikerin. Es müsse deshalb über Energieeinsparungen und -effizienz geredet werden. Darüber wolle die Union aber nicht so gerne reden. Die verbliebenen Atomkraftwerke in Deutschland müssen nach geltendem Atomrecht spätestens Ende Dezember vom Netz gehen. Vor dem Hintergrund der reduzierten Gaslieferungen aus Russland und möglicher Engpässe bei der Versorgung bereitet die Regierung derzeit vor, mehr Kohle zu verstromen. Die Akw-Laufzeitverlängerung lehnen SPD und Grüne ab - aus der FDP dagegen kommt auch Zustimmung.

Das EU-Parlament in Straßburg hat unterdessen der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Einstufung von Atomenergie als nachhaltig, also klimafreundlich und förderungswürdig, zugestimmt. Die Entscheidung ist auch für Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ein Sieg. Frankreich will in den kommenden Jahren 14 neue Atomkraftwerke bauen.

.) Heile & Herrsche - heißt das Buch von Hontschik :

<https://www.youtube.com/watch?v=YFlziOWjPJg> „Das Kapital zerstört Gesundheitswesen“ - Punkt.PRERADOVIC mit Dr. Bernd Hontschik

.) WG: Ricardo Lange bei Anne Will: Kritische Fragen an Lauterbach :

<https://www.swr3.de/aktuell/ricardo-lange-lauterbach-streit-grundrechte-pfleger-100.html> - Da hat sich im Internet aber mal ein kleiner Shitstorm

zusammengebracht: In der ARD-Sendung „Anne Will“ vom 2. Juli 2022 nahm sich der Pfleger Ricardo Lange den Gesundheitsminister zur Brust. Er gehört zu den bekanntesten deutschen Pflegern, nachdem er immer wieder in Talkshows und Zeitungen sehr ergreifend von den Notsituationen der Pflegebranche berichtet. Er legt im Video den Finger in die Wunde.

.) Debatte über Laufzeitverlängerung von AKW - Ersatz von höchstens ein Prozent von Erdgas ersetzbar : <https://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/energiekrise-warum-kernkraftwerke-den-erdgasbedarf-nicht-ersetzen-koennen-a-a5e9e2fd-9173-4eea-b536-6772e9362c96>

.) Zapatista-Solidarity-Ukraine-Chiapas :

<https://www.cafe-libertad.de/zapatista-solidarity-ukraine-chiapas>

.) Warum die Gaskrise keine Stromkrise ist und AKW weder Dünger noch Fernwärme erzeugen :

<https://www.ausgestrahlt.de/themen/energiewende/gaskrise-keine-stromkrise/>

.) Bundestag verurteilt Folter von Assange :

<https://www.jungewelt.de/artikel/429926.politische-verfolgung-bundestag-verurteilt-folter-von-assange.html>

.) Neuigkeiten zur Kampagne für Deserteure und Verweigerer :

<https://de.connection-ev.org/article-358> - Wir sind sehr dankbar für all die Unterstützung, die wir für die Arbeit für die Kriegsdienstverweigerer und Deserteure aus Russland, Belarus und der Ukraine erhalten. Herzlichen Dank. Bislang konnten wir darüber etwa 75.000 € für diese Arbeit einwerben. Zudem erhielten wir einen Zuschuss von Pro Asyl über 32.000 €. Weiter ist unsere online-Spendenplattform über <https://de.Connection-eV.org/StopWarUkraineDonation> erreichbar.

Bundesregierung verspricht Schutz für russische Deserteure

.) Fahnenflucht-Support-Desertion : <https://www.cafe-libertad.de/fahnenflucht-support-desertion>

.) Geflüchtete in Litauen: Wie im Knast : <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1165116.gefluechtete-in-litauen-wie-im-knast.html> -

Wer auf der Flucht nach Europa in Litauen landet, hat kaum Aussicht auf ein menschenwürdiges Leben.

.) Lindner schreibt die Ärmsten ab / FDP will bei Hartz IV massiv kürzen: Rotstift bei den Ärmsten : <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1165145.haushaltskuerzungen-lindner-schreibt-die-aermsten-ab.html>

.) Reaktion auf explodierende Gaspreise: Zehn Stunden warmes Wasser :
<https://taz.de/Reaktion-auf-explodierende-Gaspreise/!5862667/>

.) ATOMKLO BURE Atommülllagerprojekt cigeo für gemeinnützig erklärt :
https://www.ausgestrahlt.de/media/filer_public/3a/c8/3ac8f567-d521-43cf-8d3d-df64658f7676/cigeo_bure_-_ich_sage_nein.pdf

.) Scholz kritisiert grünes EU-Label für Atomkraft: „Sind uns völlig einig, dass Atomenergie nicht grün ist.“

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/energie-scholz-kritisiert-gruenes-eu-label-fuer-atomkraft-sind-uns-voellig-einig-dass-atomenergie-nicht-gruen-ist-/28490662.html>

Die Ampel-Koalition hatte sich gegen das Gesetz gestellt, konnte es aber nicht verhindern. Im EU-Parlament hatte eine Mehrheit für das Vorhaben gestimmt. Bundeskanzler Olaf Scholz hat das grüne EU-Label für Investitionen in bestimmte Gas- und Atomkraftwerke kritisiert. „Ich fand das immer falsch“, sagte er am Donnerstag in der ZDF-Sendung „Maybrit Illner“. Die Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP habe dagegen gestimmt, die Regelung aber nicht mehr verhindern können. Man habe dann dafür gesorgt, „dass es noch halbwegs so zu uns passt“. Scholz betonte: „In Deutschland sind wir uns völlig einig, dass Atomenergie nicht grün ist.“

.) Wiederaufbauplan für die Ukraine: [Wiederaufbauplan für die Ukraine: Die Rechnung zahlt der Westen – taz.de](#) - Die Rechnung zahlt der Westen Putin zerstört die Ukraine, doch am Wiederaufbau wird sich Russland nicht beteiligen. Das ist zwar ungerecht, aber aus mehreren Gründen nicht zu ändern.

.) Energiekrise: Tschentscher besorgt um Gasversorgung :
<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Energiekrise-Tschentscher-besorgt-um-Gasversorgung.energie446.html> -

.) Grünes Licht für mehr Kohlekraftwerke – AKW-Laufzeitverlängerung abgelehnt :
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article239798581/Bundestag-Gruenes-Licht-fuer-mehr-Kohlekraftwerke-AKW-Laufzeitverlaengerung-abgelehnt.html>

.) Flüchtlingshilfe Konkret

unter diesem Link:

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/FI%C3%BCchtlingshilfe-konkret.pdf>

.) Frankreich kauft massiv Strom ein, weil Atommeiler ausfallen – mit Folgen für Bayern : <https://www.merkur.de/bayern/deutschland-frankreich-strom-gas-atomkraftwerke-bayern-auswirkungen-preis-kosten-91651098.html> -

.) Kaum Strom aus Cattenom - Warum Frankreichs Meiler teils stillstehen :
https://www.volksfreund.de/region/atomkraftwerk-cattenom-weniger-strom-wird-produziert_aid-72550933

.) Dem Ausstieg entgegen - Die Zukunft ist erneuerbar! Anti-Atom-Radtour Nord :
<https://www.ausgestrahlt.de/aktiv-werden/anti-atom-radtour-2022/anti-atom-radtour-nord/> - Wo befindet sich die Anti-Atom-Radtour gerade? Du kannst die Tour hier live verfolgen.

.) Die längste Anti-Atom-Demo in der Geschichte von Europa und Deutschland hat begonnen : <https://www.ausgestrahlt.de/aktiv-werden/anti-atom-radtour-2022/anti-atom-radtour-nord/>